RHEINISCHE POST

Untersuchung durch Bundesgesellschaft

Niederrheinbecken hat „geringe Eignung“ für Atommüll-Endlager

28.10.2026 · 16:42 Uhr



Hochradioaktive Castor-Behälter in Ahaus: Bis spätestens 2050 soll ein Lager für rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Atommüll gefunden werden (Arciv-Foto).
Foto: Guido Kirchner/dpa/Guido Kirchner

Niederrhein · Für den hoch radioaktiven Atommüll wird ein Endlager gesucht. Dafür ist auch das Niederrheinbecken zwischen Kalkar, Xanten, Bocholt, Wesel und Alpen untersucht worden. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung stuft es in Kategorie C ein. Was das bedeutet.

Bei der Suche nach einem Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle ist auch die Region zwischen Kalkar, Xanten, Bocholt, Hamminkeln, Wesel und Alpen untersucht worden. Wie die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) erklärt, handelt es sich bei diesem Gebiet um das sogenannte Niederrheinbecken. Das Wirtsgestein sei Steinsalz, das in flacher Lagerung auftrete, erklärt die BGE. Bei der Untersuchung sei das Gebiet in der Kategorie C eingestuft worden. „Dies bedeutet, dass dieses Gebiet eine geringe Eignung aufweist“, erklärt die BGE. Für ein Atommüll-Endlager kommt dieses Gebiet demnach kaum infrage.

Die BGE hatte am Dienstag einen Arbeitsstand zur Endlagersuche veröffentlicht. Demnach hat sie verschiedene Regionen in Deutschland untersucht und in Kategorien eingeteilt, zum Beispiel in D (ungeeignet) oder C (geringe Eignung). Diese Gebiete hätten die ersten beiden Prüfschritte der sogenannten repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen nicht bestanden, erklärte die BGE. Andere Gebiete hätten diese ersten Prüfschritte dagegen

„weitgehend bestanden“, sie würden weiter untersucht. Weitere Gebiete seien nach dem vierten Prüfungsschritt in der Kategorie B (gute Eignung) eingestuft worden.

Bergbaugebiete sind ausgeschlossen

Die BGE hatte vor mehreren Jahren RP+ 90 Gebiete ausgewiesen, bei denen sich eine Prüfung für ein Endlager lohnen könnte. Das waren knapp 54 Prozent der Fläche Deutschlands. Diese Gebiete wurden im weiteren Verfahren eingegrenzt. Aktuell sind weniger als fünf Prozent der Fläche im Auswahlverfahren. Die Ergebnisse werden auf der Internetseite der BGE veröffentlicht. Weite Teile von Rheinberg, Alpen und Sonsbeck sind keiner Kategorie zugeordnet, so wie andere Gebiete die bereits aus dem Standortauswahlverfahren ausgeschieden waren, oder sind der Kategorie D (ungeeignet) zugeordnet.

Bei den Sicherheitsuntersuchungen wird auf Basis geologischer Daten und Geodaten geprüft, inwieweit der sichere Einschluss der hoch radioaktiven Abfälle unter den jeweiligen geologischen Gegebenheiten erwartet werden kann. Gebiete, deren Untergrund beschädigt oder gefährdet ist, kommen nach Angaben des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) nicht als Endlagerstandort infrage. Damit werden zum Beispiel Bergbaugebiete ausgeschlossen. Das Endlager soll am Ende durch eine mindestens 300 Meter dicke Gesteinsschicht von der Erdoberfläche abgetrennt sein.

Lesen Sie auch

Radioaktiver Müll
In NRW kommen kaum noch Gebiete als Atommüll-Endlager infrage



RP+ Ab 21 Uhr in Düsseldorf
So funktioniert der „Halt auf Wunsch“ bei der Rheinbahn



Der Arbeitsstand ist noch kein verbindliches Ergebnis. Ende 2027 wird die BGE konkrete Regionen für die oberirdische Erkundung vorschlagen. Nach einer eingehenden Prüfung durch Wissenschaftler und das BASE entscheidet dann der Bundestag, wo es weitergeht. Bis spätestens 2050 soll ein Lager gefunden werden. In mehr als 60 Jahren Atomkraft sind rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Atommüll angefallen.
(wer up)